

### STUDIERENDENPARLAMENT

#### Protokoll der 5. Sitzung des 47. Studierendenparlaments vom 05.11.2008

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung
4. Mitteilung des Präsidiums
5. 2. Lesung zur Änderung der Wahlordnung der Studierendenschaft
6. 3. Lesung zur Änderung der Wahlordnung der Studierendenschaft
7. Wahl zum Allgemeinen Studierendenausschuss
8. Mitteilungen studentischer Amtsträgerinnen und Amtsträger
9. Fragen an studentische Amtsträgerinnen und Amtsträger
10. Anträge
11. Sonstiges

Beginn: 20:18 Uhr

#### TOP 1: Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Tayfun Tok begrüßt die ParlamentarierInnen in einer – zumindest was die amerikanische Politik angeht - historisch bewegenden Woche.

Das Präsidium stellt die Anwesenheit fest.

Brennpunkt Uni	Alexander Vasil, Anna Bühne
Demokratische Linke	Nathalie Meyer, Antonia Capito
Jusos	Samira Boushouaf, Sonja Röhm, Marie Moos, Eric Baumann, Markus Gretschel, Janina Grunwald, Johannes Minet, Gaby Leber, Johannes Henkel, Mustafa Selim, Sheyda Shams, Melanie Haubrich
LHG	Markus Dammann
RCDS	Florenz Meyer
SDS.Die Linke	Angelina Crecelius
SZ-ZG	Partick Voyé
UniGrün	Tayfun Tok, Steffen Theiß, Sarah Sanchez-Miguel
Vote for Spiderpig	Florian Hartmann

Entschuldigt fehlen: Frederic Scheider (Jusos), Erkan Ertan (Jusos), Tanja Kasten (Jusos), Younes Qurirou (Jusos), Dimitrij Kalaschnikow (RCDS), Daniel Kujawski (SZ-ZG), Thomas Krauskopf (UniGrün), Kadiriye Güven (UniGrün)

Unentschuldigst fehlen: Thorsten Marowsky (ASG), Yücel Korkusuz (SZ-ZG), Florian Jäger (Jusos)

Es sind 26 von 31 Parlamentarierinnen und Parlamentariern anwesend.

Damit ist das Studierendenparlament beschlussfähig.

## **TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung**

Abstimmung: → 1 x Enthaltung, 0 x Nein  
→ Tagesordnung wurde genehmigt.

## **TOP 3: Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung**

Es gibt Anmerkungen zu dem Protokoll der 4. Sitzung:

1. Florian Hartmann weist auf Unregelmäßigkeiten in den Wahlergebnissen auf S. 9 unter Top 6 hin. Dabei handelt es sich nach Eric Baumann lediglich um Tippfehler und dies wird noch verbessert.
2. Markus Dammann will noch ein „n“ an seinen Nachnamen dran haben.
3. Nathalie Meyer bedankt sich für das sehr ausführliche Protokoll. Sie fand es sehr schön, dass alles wesentliche darin enthalten war. Eine kleine Anmerkung hat sie jedoch: es ist oft von „Studentenschaft“ die Rede und sie hätte es gerne geschlechtsneutral formuliert. Ihrer Meinung nach ist das eine einfache Änderung und sie fände es schön, wenn in Zukunft darauf geachtet werden würde.

Abstimmung über das Protokoll mit den Änderungen: → 2 x Enthaltung, 1 x Nein  
→ Protokoll wurde genehmigt.

## **TOP 4: Mitteilung des Präsidiums**

1. Dem Präsidium ist eine Wahlanfechtung zugegangen. Da dies allerdings nicht in dessen Zuständigkeitsbereich fällt, hat das Präsidium diese Wahlanfechtung gleich an den Ältestenrat weitergeleitet. Deshalb äußert sich das Präsidium auch nicht dahingehend.
2. Julia Heidenreich wurde zur Vorsitzenden des Wahlausschusses gewählt.

## **TOP 5: 2. Lesung zur Änderung der Wahlordnung der Studierendenschaft**

### **Änderungsantrag zur Änderung der studentischen Wahlordnung # 50**

Eric Baumann erklärt, dass zur Änderung der Wahlordnung noch ein Änderungsantrag # 50 vorliegt und möchte diesen erläutern.

Alexander Vasil fragt nach, von wem dieser stammt?

Eric Baumann erklärt, dass dieser von ihm stamme und er auch von ihm als Antragssteller übernommen werden würde. Er erklärt, dass diese kleine Änderung bei der Tagung des Wahlausschusses entstanden sei. Die Frist in § 14 soll auf „mindestens 4 Wochen“ umgeändert werden, womit man dann eine Mindestfrist aber ohne Begrenzung nach oben hat. Zudem sollen in § 14 III die Uhrzeiten der Fristen geändert werden: diese sind immer auf 12:00 Uhr angelegt, was aber teilweise keinen Sinn macht, wenn die Öffnungszeiten der Büros teilweise länger sind und er ist dafür, dies anzupassen.

Ein solches Fristende könne in die Macht des Wahlausschusses gelegt werden, die dann auch parallel zur Wahlordnung bekannt gegeben werden könne. Diese Änderungsvorschläge möchte er dem

Antrag vom letzten Mal noch beilegen und bittet darum, dies heute zu beschließen, damit der Wahlausschuss damit arbeiten könne.

Alexander Vasil erklärt, dass BU diese Konkretisierungen begrüße. Allerdings möchte er wissen, was „und gibt sie bekannt“ bedeutet. Wo und wie wird was bekannt gegeben? Gibt es dazu schon hinreichende Ausführungen? Gibt es dazu schon Ausführungen in der Wahlordnung? Ist denn dann in der Normformulierung alles hinreichend konkretisiert? Er fragt da nur nach, weil es ja letztes Jahr einen großen Streit um dieses Thema gab und dies solle ja möglichst in Zukunft vermieden werden.

Eric Baumann meint, dass Problem sei, dass die Wahlbekanntmachungen schon gedruckt seien. Normalerweise hätte er dafür plädiert, die Fristen in der Wahlbekanntmachung bekannt zu geben, da diese dort auch eigentlich rein gehören. Allerdings müsste dann alles neu gedruckt werden. Wenn man Fristen ändern würde, müsste dies auch allen zugehen und dies auch in aller Öffentlichkeit geschehen. Er denkt, dass dem genug getan wäre, wenn man die Fristen wie gewöhnlich im Schaukasten aushängen würde. Allerdings befindet er sich da in einer Zwickmühle, weil eigentlich würden die Fristen in die Wahlbekanntmachung selbst hineingehören.

Nathalie Meyer fragt nach, ob denn auf den bereits gedruckten Wahlbekanntmachungen schon Fristen drauf stehen. Eric Baumann weiß das nicht.

Nathalie Meyer weist darauf hin, dass vielleicht dann das Problem entsteht, dass schon gar keine Fristen auf der Wahlbekanntmachung drauf stehen.

\*Eric Baumann holt ein Plakat um dies zu überprüfen.\*

Er kann verkünden, dass der Wahlausschuss mitgedacht hat und die Frist auf 15:00 Uhr gelegt hat und dies damit bereits bekannt gegeben hat.

Alexander Vasil schlägt vor, den Änderungsantrag dahingehend zu konkretisieren.

Eric Baumann wird dies selbstverständlich übernehmen.

Unter Punkt 10 wird nun der § 14 gestrichen und ersetzt durch:

„Die Uhrzeiten des Endes der in dieser Wahlordnung vorgesehenen Fristen legt der Wahlausschuss fest und gibt die mit der Wahlbekanntmachung bekannt.“

Tayfun Tok fragt nach, ob es noch Anmerkungen gibt.

Abstimmung über die Wahlordnung: → 1 x Enthaltung  
→ Überweisung in die 3. Lesung

### **TOP 6: 3. Lesung zur Änderung der Wahlordnung der Studierendenschaft**

Eric Baumann freut sich, dass manchmal Sachen so schnell durchgehen können und freut sich über die aufmerksame Mitarbeit.

Abstimmung über die Änderung der Wahlordnung: → 1 x Enthaltung  
→ Die Wahlordnung wurde geändert.

### **TOP 7: Wahl zum Allgemeinen Studierendenausschuss**

Tayfun Tok berichtet, dass – wie angekündigt – die FSK Referentin heute da ist. Sie wurde auf der FSK einstimmig gewählt und er bittet darum, dass das StuPa sie bestätigen möge. Zudem möge sie sich vorstellen.

Patricia Bobak studiert im 9. Semester Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften auf Magister. Sie würde gerne mit Jonas Hellhund den Vorsitz in der FSK übernehmen. In Bereich der Hochschulpolitik hat sie bereits seit 5 Jahren Erfahrung durch ihre Arbeit in der Fachschaft Geschichte. Patricia Bobak würde sich freuen, wenn sie durch das StuPa bestätigt würde. Sie haben auch schon einiges geplant, was auch in der FSK bereits vorgestellt wurde. Bei konkreten Nachfragen solle man sich einfach an sie wenden.

Tayfun Tok erteilt die Gelegenheit zum Fragen stellen. Da es zunächst keine gibt, wundert er sich, was heute denn los sei.

Lucas Proehl will wissen, ob es sich dabei um ein volles Referat handele.

Jonas Hellhund fragt nach, ob er damit die Stellen meine. Zu dieser kann er sagen, dass Patricia Bobak dann die Hälfte von einer  $\frac{3}{4}$  Stelle bekommen würde. Sie wurden in der FSK aufgestockt.

Patrick Voyé möchte wissen, ob sie noch 2 Semester studieren würde.

Patricia Bobak hat zumindest geplant, zum Ende des nächsten Jahres ihren Abschluss zu machen.

\*Es gibt 10 Minuten Sitzungsunterbrechung.\*

Wahl zur Referentin der FSK: es wurden 26 Stimmen abgegeben. Davon sind 26 gültig.

- 23 x Ja, 1 x Nein, 2 x Enthaltung
- Patricia Bobak nimmt die Wahl an.

### **TOP 8: Mitteilungen studentischer Amtsträgerinnen und Amtsträger**

Johannes Minet möchte 2 kurze Ankündigungen machen:

1. Zum einen hat das ABER sich entschlossen, sein Referenten-Stipendium auch formell aufzuteilen auf die beiden Referenten Alexander Busam und Saku Hagenauer. Bisher ging die gesamte Aufwandsentschädigung an Alexander Busam, der privat an Saku Hagenauer etwas abgegeben hat. Ab nächsten Montag wird dies direkt überwiesen.
2. Die studentischen Amtsträger der FSK haben sich entschieden, ihr Referat um  $\frac{1}{4}$  auf eine volle Stelle aufzustocken. Dies wird ebenfalls hälftig geteilt.
3. Der Rechenschaftsbericht von Sebastian Weidner wird zur nächsten StuPa Sitzung vorliegen und die gesamte Legislaturperiode abdecken. Dieser wird den Parlamentariern rechtzeitig zugehen.

Sonja Röhm berichtet, dass am 10.12.2008 um 19:00 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema „10 Jahre Bolognaprozess“ stattfinden wird und verschiedene betroffene Gruppen – also GEW, SV, AStA und der Uni Vize-Präsident – anwesend sein werden. Sie erhofft sich sozusagen, dass man die Entwicklung der letzten 10 Jahre kritisch betrachtet und sie wird natürlich versuchen, es auf einzelne Probleme vor Ort herunter zu brechen und hofft vor allem dass man dem Vize-Präsidenten einige Anregungen was man verändern könnte, mit auf den Weg geben kann.

Außerdem ist sie momentan damit beschäftigt, eine Bibliothek zu diesem Thema einzurichten. Es gebe mittlerweile jede menge kritischer Literatur zu diesem Thema, aber dies noch nicht lange. Mittlerweile aber gäbe es mehrere kritische Stimmen zum Bachelor und Master Studium. Sie sammelt diese Artikel aus allen Bereichen und wird dies öffentlich im AStA zur Verfügung stellen. Wen das Thema interessiert, der könne sich dann dort informieren.

Antonia Capito will wissen, wo die Veranstaltung stattfinden wird.

Sonja Röhm sagt, dass dies im StuPa Raum sein wird.

Alexander Busam berichtet, dass das ABER am 19.11.2008 eine Diskussionsveranstaltung in der Uni Aula zum Thema „Sexualität und Behinderung“ abhalten wird. Dazu wird auch noch mal eine Einladung über sämtliche Verteiler gehen.

Zudem gab es Gespräche des ABER mit den Begutachtern der ZVK. Es kamen 4 oder 5 Uni Institutionen auf ihn zu um ihn nach der Begutachtung der Anträge zu fragen. Damit wird er sich auseinandersetzen.

Zudem ist für November ein Gespräch mit Herrn Stobbe zur Barrierefreiheit der Einrichtungen des StuWe angesetzt.

Janina Grunwald möchte recht herzlich zur NPD-Demo in Fulda am kommenden Samstag aufrufen. Sie würde sich freuen, wenn alle in großer Zahl hinfahren würden. Der Zug fährt um 07:22 Uhr ab und um 07:00 Uhr sei Treffpunkt in der Bahnhofshalle.

Samira Bouchouaf macht mehrere Mitteilungen:

- 1.) Anknüpfend an die Anfrage in der letzte StuPa Sitzung bezüglich der Übernahme von Fahrtkosten zum alternativen Bildungsgipfel kann sie mitteilen, dass sie beim ABS angefragt hat und es bislang keine konkrete Aufschlüsselung der Kosten gibt. Der AStA Gießen wurde aber vorgemerkt, dass er sich beteiligen möchte. Sobald alle Posten aufgeschlüsselt sind, wird der AStA in Kenntnis gesetzt.
- 2.) Auch anknüpfend an letzte StuPa Sitzung möchte sie ein konkretes Paper zur Wahl VV vorlegen. In Anbetracht der derzeitigen Situation in Hessen und der desolaten Verhältnisse können wir in Hessen davon ausgehen, das Studiengebühren auch hier bald wieder ein Thema sein können. Die Mitwirkung in der ZVK und die bald ersehnte Abschaffung der 25 % Hürde und andere Dinge wird es in Anbetracht dieser Tatsachen in Hessen wohl erstmal nicht geben. Deshalb soll es auch noch eine andere VV – neben der Wahl VV, geben. Dazu wird sie noch konkretere Ausführungen machen und sie dann vorstellen.
- 3.) Im Lokalbündnis kommt man so langsam mal wieder zu einer Terminfindung. Momentan sieht es so aus, als würde am 18.11.2008 um 18:30 oder 19:00 Uhr ein Treffen stattfinden. Da der DGB Saal doch nicht verfügbar ist, wird man vermutlich auf den AStA ausweichen.
- 4.) Wegen dem SchülerInnenstreik vom 15.11.2008 sind heute noch 2 SchülerInnenvertreter anwesend. Sie werden an einem anderen TOP noch etwas dazu sagen. Dazu gibt es auch noch Anträge.

## **TOP 9: Fragen an studentische Amtsträgerinnen und Amtsträger**

Alexander Busam hat mit großem Interesse den Zeitungsbericht über die letzte StuPa Sitzung in der Giessener Allgemeinen gelesen. Dort steht nämlich, dass die Koalitionsvertreter die Barrierefreiheit als ein großes Thema ansehen.

Zwischenruf von Samira Bouchouaf: Es gibt auch Vertreterinnen!

Alexander Busam findet das natürlich richtig. Er möchte aber wissen, ob diesbezüglich schon etwas geschehen ist und was geplant ist.

Außerdem bittet er das Präsidium, in den StuPa Verteiler aufgenommen zu werden, also bzw. alle autonomen Referate.

Eric Baumann weist Alexander Busam darauf hin, dass alle Einladungen auch nachrichtlich an den AStA gingen. Da die autonomen Referate Teil dieses Ausschusses seien, seien sie auch informiert.

Alexander Busam fragt, ob sie trotzdem auf den Verteiler drauf könnten.

Eric Baumann erklärt, dass es keinen öffentlichen StuPa-Verteiler gäbe. Diesen gibt es nur für ParlamentarierInnen. Zudem würden die Einladungen sehr öffentlich verschickt, nämlich an alle StudentInnen. Das müsste also auch er bekommen.

Johannes Minet fragt Alexander Busam, ob die Frage nach der Barrierefreiheit eine Frage an den AStA gewesen sein solle. Denn dann würde er mal das Wort an der Vertreter des ABER abgeben.

Alexander Busam fragt Johannes Minet, ob das ernst sei.

Johannes Minet fragt Alexander Busam, ob das ernst sei.

Antonia Capito ist der Meinung, dass nach diesem Zeitungsartikel die Barrierefreiheit eines der Hauptthemen sei. Dann könne ihrer Meinung nach nicht die Antwort vom AStA sein, dass das ABER dies machen würde.

Johannes Minet hatte sich über diesen Artikel sowieso gewundert, da dort Sachen drin stehen würden, die im wortwörtlichen Protokoll so nicht stehen würden. Abgesehen davon sei dies natürlich weiterhin ein Thema. Dennoch solle doch das wahnsinnige Potential des ABERs genutzt werden.

Alexander Busam ist der Meinung, dass Barrierefreiheit ein Querschnittsthema sei und damit alle etwas angehe.

Samira Bouchouaf findet dies ganz richtig und gibt ihm Recht. Aber auch er kenne die Strukturen der studentischen Selbstverwaltung. Die Hauptaufgabe würde in sein Ressort fallen. Alle anderen ParlamentarierInnen seien auch darüber in Kenntnis, dass er immer auf Unterstützung von seitens des AStAs gestoßen sei. Oder nicht?

Alexander Busam meint, dass es darum gar nicht ginge.

Samira Bouchouaf ist der Meinung dass es selbstverständlich und nachvollziehbar sei, dass die Hauptaktivität von Seiten des ABER kommen müsste. Oder nicht?

Alexander Busam möchte ein Beispiel geben, ohne Sonja Röhm dabei etwas unterstellen zu wollen. Aber wenn sie z.B. eine Veranstaltung planen würde – er könne ja nicht über jede Veranstaltung Bescheid wissen und das müsste so ja auch nicht sein sondern sei ok – dass dann die AStA

ReferentInnen bei der Planung an das Thema Barrierefreiheit denken würden. Das ist etwas, was er sich wünschen würde.

Sonja Röhm berichtet, dass sie und Samira Bouchouaf diesbezüglich noch auf das ABER zugekommen wären. Vor allem bzgl. der konkreten Planung des Abends wenn Menschen vom Bahnhof gefahren werden müssten und auch bzgl. der Bewerbung. Sie wisse z.B. nicht, was man neben normalen Flyern für entsprechende Personen machen könne. Aber auf jeden Fall habe sie vorgesehen, noch darauf zuzukommen.

Nathalie Meyer bedankt sich für die Mitteilungen der studentischen AmtsträgerInnen. Dennoch hat sie einige Fragen:

1.) Auch wenn die konkrete Person nicht da ist, hat sie eine Frage an das Referat für Ökologie und Verkehr. Und zwar im Hinblick auf die Vorbereitung des nächsten Castors. Sie selbst hat schon mehrfach Zettel an der Uni gesehen ob es Mitfahrgelegenheiten gibt. Sie würde sich wünschen, dass der AStA dort auch mithilft und den Informationsbedarf stillt. Sie würde ja nichtmals erwarten, dass der AStA eine eigene Aktion diesbezüglich durchführe.

2.) Außerdem hat sie eine Frage an das Referat Demokratie und Grundrechte. Vor ungefähr 2 Wochen gab es im Internet Informationen, wie man die Chipkarten manipulieren kann. Also z.B. wie man das Geld aufladen könne. Sie ist der Meinung, dass dies ein wesentlicher Bereich sei und dieser Chip rechtlichen Bestimmungen nicht gerecht werden würde. Jetzt gäbe es auch noch eine Software dafür, so dass jeder diesen Chip manipulieren könnte und auf die Daten zugreifen könne. Sie weiß ja nicht, ob das im AStA was zu gelaufen ist. Aber sie fände es sehr gut, wenn da was gemacht werden würde da dies eine unglaublich große Datenlücke sei.

Johannes Minet erklärt, dass ihnen dass mit den Chips zu Ohren gekommen sei. Zurzeit würden sie noch versuchen, dies sinnvoll auf die Ressorts der Fachbereiche zu verteilen. Sie wüssten noch nicht, ob sich Demokratie und Grundrechte oder Öffentlichkeitsarbeit darum kümmern solle.

Nathalie Meyer fragt nach ob sie richtig verstanden habe, dass sich der AStA noch nicht einig sei wer dafür zuständig sei und deshalb noch nichts passiert sei.

Johannes Minet erläutert, dass es sich dabei um eine Sache handeln würde, wo man technisch dahinter sein müsste. Diese Voraussetzung sei in Demokratie und Grundrechte momentan nicht gegeben. Deshalb gäbe es noch keinen Lösungsvorschlag.

Nathalie Meyer fände es auf jeden fall cool, wenn sich drum gekümmert würde.

Samira Bouchouaf bedankt sich bei Nathalie Meyer für die Hinweise. Hinweise deswegen, weil die diese Fragen, die sie gestellt habe, nicht beantworten könne. Sie wisse nicht, inwieweit die beiden Sachbearbeiter in diesem Bereich involviert wären. Aber diese Hinweise würde sie gerne mit in den AStA nehmen und dann in der nächsten StuPa-Sitzung Bericht erstatten. Sie hofft, dass Nathalie Meyer sich damit bis zur nächsten StuPa Sitzung begnügen könne.

Nathalie Meyer merkt an, dass dies angesichts des anstehenden Castor Transports dann wohl zu spät sei. Aber dann vielleicht nächstes Jahr. Zudem findet sie es gut, dass der AStA offen ist für Vorschläge. Aber sie erwartet eigentlich auch ein bisschen Eigeninitiative von den Sachbearbeitern, wenn es aktuell an einem bestimmten Thema brennen würde. Und dies auch ohne einen Anreiz von außen. Sie denkt, dass diese eigentlich selbst sehen müssten, was ein Thema sein könnte welches relevant ist. Auch würde sie interessieren, was die Sachbearbeiter zu den Themen sagen. Es wäre generell schön, wenn vom AStA auch was kommen würde, ohne dass man ihm die Infos hinterher tragen müsse.

Samira Bouchouaf meint, dass – nur weil sie sich gerade für die Hinweise bedankt habe – dies nicht heißen würde, dass sie jetzt hier eine Belehrung über sich ergehen lassen müssen, hinsichtlich dessen worauf sie hingewiesen werden müsse. Sie habe nicht ausgeschlossen, dass die beiden Sachbearbeiter nichts zu den Themen wüssten oder bereits Planungen hätten, die in den nächsten Tagen auf der AStA Sitzung angesprochen würden.

Antonia Capito interessiert – auch wenn der Sachbearbeiter für Ökologie nicht da ist – was er in seinem Ressort gemacht hat. Er sei ja Sachbearbeiter und würde die Arbeitsaufträge vom AStA bekommen. Und sie möchte wissen, was da zurückgetragen wird. Was in Sachen Castor geschehen ist erledigt sich wohl in 3 Tagen.

Von Janina Grundwald möchte sie wissen, ob sie die Demo auch auf dem Campus beworben hat.

Johannes Minet fragt, ob Antonia Capito eben nicht zugehört hat. Er wolle ihr zwar nicht komplette Unaufmerksamkeit unterstellen, aber eben wohl an dieser einen Stelle schon. Sebastian Weidner wird nächstes Mal einen Rechenschaftsbericht vorlegen. Sie solle sich keine Sorgen machen, er sei einer der engagiertesten Mitarbeiter im AStA.

Antonia Capito wollte ja nur noch mal nach dem Castor nachfragen. Und sie würde eben nur ganz grob interessieren, was für Projekte er verfolgt.

Janina Grunwald sagt, dass erst gestern bekannt geworden sei, dass man in Fulda demonstrieren dürfe. Deshalb sei sie gerade noch spontan dabei so viel zu mobilisieren wie es ginge. Es war vorher noch nicht sicher, ob sie demonstrieren durften.

Alexander Vasil hat eine Frage an den AStA im Allgemeinen oder speziell an den Öffentlichkeitsreferenten. Wie er gelesen hat, war der AStA Darmstadt so meinungsstark und hat eine PM zu den Vorgängen im hessischen Landtag verfasst und die Position der Studierendenschaft klar gemacht. Zumindest aus der Sicht der Darmstädter. Er wollte mal fragen, ob der Giessener AStA keine Meinung habe oder ob er etwas publiziert habe. Wie steht der AStA Gießen dazu und was habt ihr vor zu publizieren?

Samira Bouchouaf versteht die Frage nicht, wie der AStA dazu stehen würde. Meint er, dass man ne PM rausbauen müsse oder zu der politischen Lage. Sie verdeutlicht, dass sie ihre Rückfrage ernst meine.

Alexander Vasil meint die Vorkommnisse im Landtag.

Samira Bouchouaf meint, dass sofort nach der PK eine PM raus gegangen sei. Dies haben sie auch bereits vorher kurz angerissen. Vor allem aus bildungspolitischer Perspektive sei dass der Supergau. Alle kennen das Urteil vom Staatsgerichtshof und es wird aller Wahrscheinlichkeit so sein, dass – wenn es wieder eine CDU Landesregierung gibt – es auch wieder Studiengebühren gibt. Der AStA Gießen war immer gegen Studiengebühren und wird auch immer dagegen sein.

Alexander Vasil weist darauf hin, dass sich die Darmstädter dahingehend geäußert hätten und auch Rücktritt und Parteiausschluss von den 4 gefordert hätten. Dies sei ja schon recht konkret in der ganzen Situation. Und wenn man die Presse lesen würde – oder was davon noch übrig ist – würde man sehen, dass es sich dabei um eine unfaire Sache mit einer einhelligen Meinung handeln würde. Er sei nicht in der SPD aber er würde gerne mal wissen, dass die Studierendenschaft auch ne wirkliche Position habe. Es würde ihm ja leid tun wenn er dem AStA jetzt damit auf den Sack gehen würde.

Gerade eben hat er erfahren, dass etwas auf der Homepage des AStAs stehe. Dies habe er nicht gesehen. Dies täte ihm leid. Aber die Darmstädter hätten es ja auch irgendwie geschafft in die Zeitung zu kommen.

Markus Gretschel erklärt, dass die PM wie sie auch auf der Homepage zu lesen ist auch an die Zeitungen der Regionen geschickt worden ist, allerdings nicht veröffentlicht wurde. Er werde da mal telefonisch nachfragen, woran das hing.

Sonja Röhm weist darauf hin dass auch ein PM von LAK, LSV und ABS geschrieben worden ist zur Landessituation. Diese wurde auch gleich Montag abgeschickt.

Alexander Vasil ist der Meinung dass dort wohl nicht erkenntlich war, dass der Giessener AStA daran beteiligt war.

Sonja Röhm weiß aber, dass dem so war.

## **TOP 10: Anträge**

### **A. Antrag der DL: Bewerbung der Wahlen zum Studierendenparlament #51**

Nathalie Meyer meint, dass man zur Begründung nicht mehr viel sagen müsse. Schlagworte wie „25 % Hürde die nicht abgeschafft wird“ würden reichen. Insofern stehen wir wieder vor der Herausforderung, die Studies zu mobilisieren und im Januar wählen zu gehen. Dies ist eine große Herausforderung. In der Vergangenheit hat sie den allgemeinen Wahlkampf als unbefriedigend empfunden. Neben der Werbung für die Listen sei wenig passiert und da ist relativ wenig gelaufen. Deshalb hat sich die DL ein paar Gedanken gemacht und beauftragt mit diesem Antrag den AStA diverse Maßnahmen zu ergreifen. Sie erhebt damit keinen Anspruch auf Vollständigkeit sondern die können auch ergänzt werden.

Johannes Minet weiß ja nicht, wie weit dieser Antrag innerhalb der DL kommuniziert wurde. Aber heute Nachmittag war im AStA der Wahlausschuss zu Gange, bei dem auch Ferdinand Ihringer beteiligt war. Er wäre dankbar, wenn dieser Antrag an den Wahlausschuss abgegeben würde. Weil dieser will gemeinsam mit dem AStA die Wahl planen und Aktionen umsetzen. Er begrüßt ausdrücklich, dass sich die DL Gedanken macht, da es da um eine wichtige Sache ginge. Aber beim AStA und dem Wahlausschuss sei das ganze in guten Händen. Er sieht das hier also quasi als eine Ideensammlung an, die an den Wahlausschuss weitergegeben wird. Und alles Weitere müsse ja dann jetzt nicht mehr in einem Antrag abgestimmt werden.

Antonia Capito glaubt noch mal deutlich machen zu müssen, wie wichtig es ihr ist, den AStA wirklich damit zu beauftragen. Der Wahlausschuss wird ohnehin dazu arbeiten. Aber sie ist der Meinung, dass von den AStA ReferentInnen auch ein neutraler Antrieb gemacht werden muss und nicht nur Arbeit für die eigene Liste. Und deshalb bleibt es bei ihrem Vorschlag, da sie ihn besonders wichtig findet. Sie wird den Antrag auch nicht ändern.

Johannes Minet fühlt sich falsch verstanden. Heute Nachmittag habe sich der Wahlausschuss mit dem AStA ganz bewusst zusammengesetzt und gewisse Dinge schon besprochen. Diese würden sich möglicherweise mit diesem Antrag auch schon überschneiden. Er weiß nicht, warum Ferdinand Ihringer noch nichts davon gewusst hat. Es kommt ihm wie ein Kommunikationsproblem in der DL vor.

Nathalie Meyer weist darauf hin, dass es genau das ist, was sie mit dem Antrag fordert. AStA und Wahlausschuss sollen gemeinsam die Wahl und Bewerbung dieser planen. Deshalb spreche aus ihrer Sicht auch nichts dagegen, darüber abzustimmen, da der AStA dies ja sowieso vorhabe und dann könnte dies ja noch mal durchs StuPa bestätigt werden.

Samira Bouchouaf schenkt sich ihren Redebeitrag.

Johannes Minet stellt einen GO Antrag auf Nichtbefassung. Er findet den Antrag zu konkret formuliert, z.B. dadurch dass die Wahl-VV an bestimmte Wochen gebunden ist. Seiner Meinung nach soll die Wahl-VV aber dann sein, wenn sie für gut erachtet wird.

Nathalie Meyer hält eine Gegenrede: Sie hält den Antrag für notwendig, damit die Wahlen dieses Jahr gut klappen. Es wäre im aller Interesse, die 25 % Hürde zu knacken. Das würde alle betreffen. Und jeder der hier sitzt und den das nicht interessiert, der solle sich mal überlegen, warum er hier sitzen würde. Und jeder sollte die studentische Selbstverwaltung pushen.

Alexander Vasil ist der Meinung, dass Redelisten noch fertig abgearbeitet werden, nachdem ein GO Antrag gestellt wurde.

Dies wird vom Präsidium verneint.

Abstimmung über die Nichtbefassung: → 16 x Ja, 9 x Nein, 1 x Enthaltung  
→ Antrag angenommen.

Zwischenruf von Alexander Vasil: Kader-Säue!

Zwischenruf von Samira Bouchouaf: Das ist unverschämt! Sowas muss sich kein Parlamentarier anhören!

Das Präsidium unterbricht die Sitzung.

Das Präsidium hat festgestellt, dass Alexander Vasil die mit Ja-stimmenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier als Kader Säue bezeichnet hat. Deshalb wird dieser aufgefordert, noch mal in sich zu kehren und sich dafür zu entschuldigen.

Alexander Vasil beantragt eine Sitzungsunterbrechung für eine innere Gewissensbekehrung.

Tayfun Tok fragt Alexander Vasil, ob er bereit ist sich zu entschuldigen. Vielleicht könne er ja präzisieren, was er damit sagen wollte.

Zwischenruf von Johannes Minet: „Vielleicht könnte“ heißt nicht, dass er das machen muss!

Tayfun Tok merkt an, dass wir hier nicht im Kindergarten sind. Er möchte die Sitzung fortsetzen.

Zwischenruf von Alexander Vasil: Kommt mir aber so vor!

Tayfun Tok lässt sich nicht darauf ein und führt die Sitzung fort.

## **B. Antrag von SZ-ZG: Waschmaschinen- und Trocknernutzung # 52**

Patrick Voyé wurde von einigem seiner Listenmitglieder angesprochen, der sich mal mit der Waschmaschinensituation auseinander gesetzt hat. Dieser hat aufgeschlüsselt, was ein Waschgang mit einer Maschine in Gießen kostet. Also z.B. der Wasserverbrauch, die Stromkosten, Abwasser und so. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die maximalen Kosten bei 1,07 € liegen können. Das StuWe verlangt aber von den Wohnheim Bewohnern 2 € pro Waschgang. Außer im Legoland, da ist das noch etwas anders. Er hält den Preis für zu hoch. Es wurde festgestellt, dass manche Studenten dann doch eher nicht im Wohnheim waschen wollen. Das ist aber idiotisch. Deshalb möchte er die neu gewählten Mitglieder im Verwaltungsrat bitten, dass sie sich dafür einsetzen, dass die Kosten gesenkt werden. Als Beispiel könne man sich z.B. München nehmen. Da wird für einen Waschgang nur 1,10 € genommen. Das sollte auch hier möglich sein.

Johannes Minet begrüßt den Antrag und bittet, diese Rechnungen bitte den Vertretern zukommen zu lassen.

Patrick Voyé hat sie schon angesprochen. Er fände es auch sinnvoll, dass der Wohnheimrat – den es ja in der Gaffkystraße gäbe – einen Antrag formulieren würde und diesen an die Vertreter geben würde. Dies hat er Marie Moos auch schon mitgeteilt. Im Verwaltungsrat könne dann ein entsprechender Antrag gestellt werden, so dass es schneller gehen würde. Zudem sei ja auch schon seit längerem angedacht, Wohnheimräte in den anderen Wohnheimen einzuberufen. Er wisse dass dies dort schwieriger sei, da dort die Anzahl der Bewohner größer sei. Man könne versuchen, dass mit der Waschmaschinen-Aktion zu verbinden, damit diese gleich sehen könnten, dass sie etwas bewegen können, wenn sie sich aktiv beteiligen.

Antrag über die Waschmaschinen-Aktion: → einstimmig  
→ Antrag angenommen

### **C. Antrag vom Referat ABER zu Regelung über modularisierte Studiengänge #53**

Alexander Busam ist in seiner Sprechstunde und nach entsprechender Recherche aufgefallen, dass einige Studies grundsätzlich jenseits des Bezuges von Grundsicherung leben, auch in Härtefällen. Die einzige Ausnahme ist die Möglichkeit der Beurlaubung. Der Hintergrund dieser Problematik ist, dass einige Studies ja auch schon mal älter sein können, sich das Studium in die Länge zieht und dann irgendwann hinter die 30-Jahre-BAföG-Bezugs-Grenze fallen. Vielleicht weil sie früher mal gearbeitet haben und dann einen Unfall hatten. Sie wären dann auf Hartz IV angewiesen, welches sie aber nur in der Situation der Beurlaubung erhalten würde. Dann ist das Problem, dass sie keine Scheine und Leistungsnachweise erbringen können. Da wir SGB II und III nicht ändern können wäre es sinnvoll, diese Beurlaubungsregel aufzuweichen.

Sonja Röhm findet da soweit alles richtig. Allerdings hat sie noch eine Anmerkung. Sie will einen Punk 5. dazu nehmen als weiteren Schritt das Teilzeitstudium in modularisierten Studiengängen, welches es in vielen Studiengängen noch nicht gibt, weiter zu forcieren.

Alexander Busam übernimmt die Änderung.

Patrick Voyé fände es schon wenn man sich vor diesem Hintergrund in diesem Zusammenhang auch für ein Teilzeitstudium in der Tiermedizin einsetzen könnte. Dies sei das einzige, in dem dies noch nicht angeboten wird.

Zwischenruf von Alexander Vasil: es gibt noch mehrere!

Patrick Voyé berichtet, dass sie als Fachbereichsvertreter nie auf ein offenes Ohr gestoßen sind. Seines Erachtens verstößt da sogar gegen die entsprechenden europäischen Normen. Er fände schön, wenn das mit einfließen könnte. Eben weil es illegal ist. Abgesehen davon hätte es auch schon Fälle gegeben, in denen Schwangere erpresst wurden, die nicht antreten konnten zu Prüfungen.

Nathalie Meyer findet das sehr gut. Sie ist aber dafür, dass man deutlich machen sollte, dass es neben der konkreten Hilfe für die Betroffenen auch ein bedarfsdeckendes BAföG für alle geben sollte. Dies wäre eine Wunschvorstellung von ihr. Man sollte dies einfach als Maximalforderung in den Text mit einfügen. Sie hofft, dass sie damit nicht zu weit geht.

Alexander Vasil möchte den Antrag uneingeschränkt unterstützen. Er hat sich auch bereits in das Thema Teilzeitstudium ein bisschen eingearbeitet und findet es durchaus relevant. Außerdem möchte er auf den laufenden ZVK Antrag für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer

Blaupause für alle Studiengänge hinweisen. Dies würde diesen Antrag aber nicht ausschließen. Sondern gerade aus dieser Situation heraus stellt dies eine geeignete Administrativmaßnahme dar um die Härte und die vielleicht nicht beabsichtigten Folgen geeignet aufzuweichen und etwas Humanität zu ermöglichen. Im Zuge einer Teilzeitstudiumsregelung soll dies in Zukunft besser geregelt werden können.

\* Tayfun Tok geht. Eric Baumann übernimmt die Redeleitung.\*

Der Präsident merkt an, dass dies eben der Öffentliche Personennahverkehr im Großraum Gießen sei.

Sonja Röhm findet das wichtig. Aber da würde ja nicht zum Antrag passen. Dann sieht sie, dass der Antrag doch auch an den Senat gerichtet ist. Jetzt würde es doch passen. Das hatte sie eben ausgeblendet. Im Ergebnis will sie sich anschließen.

Nathalie Meyer möchte einen Änderungsantrag anbringen.

Der Präsident bittet um eine schriftliche Ausfertigung.

Antonia Capito liest vor: „3.) Davon bleibt die weitergehende Forderung bzgl. der Reform des BAföGs hin zu einer bedarfsdeckenden, bedingungslosen Bildungsfinanzierung als Vollzuschuss unberührt.“

Patrick Voyé will seinen Änderungsantrag mündlich vortragen, bevor er ihn verschriftlicht: „, Punkt 1.) erweitern, je nachdem wie weit man gehen könne: der Senat möge sich dafür einsetzen, dass, insbesondere in den Studiengängen, in denen bisher keine Teilzeitstudiumsregelungen vorherrscht, diese umgesetzt werden.“

Mit Sonja Röhm zusammen formuliert er um: „, zu Punkt 1.) Insbesondere sollen in Studiengängen, in denen keine Teilzeitstudiumsregelungen existieren, diese eingeführt werden.“

\* Der Präsident liest alles noch mal laut vor.\*

Alexander Busam als Antragsteller übernimmt beide Änderungsanträge.

Johannes Minet möchte Punkt 5.) wieder rausschmeißen. Dies würde die allgemeine Zustimmung für den Antrag gefährden.

Nathalie Meyer fragt nach der inhaltlichen Begründung.

Johannes Minet meint, dass es sich dabei um eine allgemeinerpolitische Frage handele. Diese würde neben der konkreten Forderung stehen.

Patrick Voyé meint, dass wir ja nur beschließen würden, was die Studierendenvertreten umsetzen wollen. Wir könnten das ja formulieren, wie wir wollten. Sie würden entscheiden, wie sie es umsetzen. Grundsätzlich seien ja alle dafür.

Markus Dammann möchte den Vollzuschuss des BAföGs rausnehmen. Dann würde der Antrag auch bestimmt sauber durchgehen.

Samira Bouchouaf versucht zu erklären, worauf Johannes Minet eigentlich hinaus wollte. Die grundsätzliche Denke, die dahinter stecken würde sei eben, dass ausnahmsweise mal innerhalb des StuPas Konsens herrschen würde. Der Punkt des elternunabhängigen BAföGs hingegen sei ein Streitthema, wo man sich uneinig sei. Sie fände es schade, wenn der Gesamtantrag daran scheitern würde. Auch sie ist noch sehr unentschlossen und hat noch keine strikte Meinung.



ABER konkret gefragt habe, um die nötigen Ergänzungen – wenn auch sehr schwammig - die noch fehlen in dem bisherigen Entwurf, zu ergänzen.

Alexander Busam ist 1.) damit einverstanden, dass dies in die Satzung rein kommt. 2.) findet er, dass Formulierungen nicht so schwammig sein müssten, denn Barrierefreiheit sei gesetzlich normiert.

Alexander Vasil möchte den Antrag ganz eindeutig unterstützen. Und er findet den Begriff auch überhaupt nicht schwammig. Er sei sogar gesetzlich normiert. Die Absichtserklärung haben sie ganz und voll in der Hand und wir könnten uns klar dazu bekennen, dass wir keine Veranstaltungen durchführen, bei denen die Barrierefreiheit nicht hergestellt sei. Es gäbe ja eine großzügige Regelung, bis wohin dies geschehen sein müsste. Bis dann die Satzung käme könnte jegliche Konkretisierung eingefügt werden. Aber die Zustimmung zu dem Antrag würde das ganze erst glaubhaft machen, dass die Barrierefreiheit ein großes Thema sei.

Zwischenruf von Samira Bouchouaf: Dazu hat der AStA keine PM raus gegeben.

Alexander Vasil meint, dass dies in seinen Augen eine glaubhafte, konkrete und hinreichend konkretisierbare Umsetzung eben dieser Agenda sei. Und es würde auch nix dagegen sprechen, da die Satzung ja kommen würde.

Samira Bouchouaf ist in der Sache gänzlich bei ihm und muss das auch nicht in der Länge ausführen. Die einzige Tatsache die ihr Bauchschmerzen bereiten würde ist, dass sie sich positiv dazu bekennen müsste, keine Veranstaltung mehr durchzuführen, die nicht barrierefrei sei. Dadurch würde man sich einem weiteren Diktat der Uni Verwaltung unterwerfen. Es läge außerhalb ihrer Mittel dass neue Türen und Aufzüge angebracht würden. Wenn also die Uni nicht handelt – was nicht in unserem Interesse liegt – würde sich die studentische Selbstverwaltung selbst blockieren, weil wir dann nichts mehr durchführen könnten. Da sieht sie das Problem. Sie hat dagegen zwar keine Patentlösung. Aber konkret hält sie es für extrem schwierig.

Alexander Busam stimmt zu, dass dies Fesseln wären, eine Aufgabe und eine Verpflichtung. Die Verfasste Studierendenschaft sei eben nicht die Uni. Aber dennoch wäre dies durchführbar und möglich. Dass dies hier z.B. der StuPa Raum sein müsse stehe nicht in der Satzung. Es wäre also auch ein barrierefreier Raum da. Geldmittel hätte der AStA auch. Es sei bereits sehr lange diskutiert worden was möglich und nötig sei. Seiner Meinung nach sei mit viel Geduld, etwas Geld und harten Verhandlungen mit StuWe und Uni etwas möglich.

Samira Bouchouaf meint, dass er offene Türen bei ihr einrennen würde bei der Diskussion um die Sache. Aber das sei jetzt nicht so möglich. Sie könne an Räumen des StuWe keine Türen anbringen. Der AStA habe auch nicht die Kohle dafür. Dass man Druck ausüben müsse, da sei sie dabei. Mit Bitten und nett sein würde man nicht viel reißen. Aber sie glaubt, dass das konträr ist zu dem, wofür wir ja auch stehen. Er würde uns einfach nur ausbremsen. Und als studentische Selbstverwaltung könne man dann gar nichts mehr machen. Das ist ihr auch von seiner Seite aus nicht hinreichend konkretisiert. Sie möchte nicht nur auf die bloße Möglichkeit hingewiesen werden sondern hofft auf mehr Konkretisierung. Z.B. welche Räume barrierefrei sind. Er wisse doch genau Bescheid wie schwer es sei so einen Raum als Student in Anspruch zu nehmen. Schon mit diesem Raum hätten sie ihre Problemchen. Es gehe ihr nicht um die sachliche Diskussion sondern darum, wie es durchgeführt werden solle.

Sonja Röhm will sich anschließen. Wenn wir das jetzt verabschieden würden, dann wäre alles, was wir in naher Zukunft in den nächsten 1 – 3 Monaten geplant hätten – wo wir es nicht mehr schaffen würden 150 %ige Barrierefreiheit zu gestalten, ein Verstoß gegen ihre eigene Satzung. Sogas ginge nicht von heute auf morgen. Sonst wäre das schon längst geschehen und die Uni wäre barrierefrei.

Patrick Voyé kann die Einwendungen verstehen. Er habe sich aber darüber hinaus Gedanken gemacht. Vor allem vor dem gesetzlichen Hintergrund. In dem Rahmen von 1 Jahr Übergangsfrist müsste ja theoretisch erstmal gar nichts passieren. Und natürlich könne man sich die Selbstverpflichtung auferlegen, nur noch Veranstaltungen durchzuführen, die barrierefrei sind. Andererseits sei die Uni auch dazu verpflichtet, die Veranstaltungen der verfassten Studierendenschaft stattfinden zu lassen. Demnach müsse sie uns auch die Möglichkeit geben und uns dadurch helfen, unserer Pflicht nachzukommen. Hier sei die Uni am Zug, weil sie entsprechende Räume herstellen müsse. Er glaubt auch nicht, dass wir – wenn wir den Antrag beschließen würden – Gefahr laufen würden, unsere Sitzungen nicht mehr abhalten könnten. Wir seien ja nicht auf diesen Raum angewiesen. Sondern könnten dies zur Not vor dem Uni Hauptgebäude abhalten. Dann hätte man ein Druckmittel und die Uni würde die Barrierefreiheit vielleicht schneller herstellen.

Alexander Vasil glaubt, dass in der Sache ja alle beieinander seien.

Deshalb erhofft er sich eine Diskussion – und zwar dieses mal hoffentlich eine freie – wie wir dieses Ziel in der Sache erreichen könnten. Er hält den Antrag aber so wie er ist zustimmungsfähig. Es wäre kein Selbst-Ins-Knie-Schießen wegen der Übergangsfrist. Wenn wir den Antrag jetzt verabschieden würden, hieße das erstmal nichts. Aber es wäre eine Zielvereinbarung für uns selbst. Und alle Gedanken könnten dann aufs feinste in die Satzung eingebracht werden. Der Antrag würde aber ermöglichen, gegenüber der Presse deutlich zu machen, dass wir unsere kulturelle Arbeit auf Grund eines Mankos nicht durchführen können. Man hätte dadurch ein Druckmittel in den Händen ... für den Barrierefreiheitsbeauftragten. Demnach ist der Antrag zustimmungsfähig. Keine Veranstaltung sei gefährdet. Aber das ABER hätte ein Druckmittel in den Händen. Er hofft, dass demnach alle Bedenken zersteubar seien.

Lucas Proehl will sich dem anschließen. Er fände es feige, wenn man sich nicht trauen würde, dies abzustimmen.

Der Präsident weist darauf hin, dass die Fachschaften auch Organe der Studierendenschaft sind.

Antonia Capito hält das alles für eine recht schwierige Diskussion. Sie fragt sich, ob die Frage nach der materiellen Förderung von Veranstaltungen da drin bleiben sollte. Das müsste weiter spezifiziert werden. Z.B. auch wenn man mal eine Demo ganz wo anders durch den AStA fördern würde. Wie solle sichergestellt werden, dass die Barrierefreiheit wirklich durchgehalten würde. Also z.B. für den Anfang bei Veranstaltungen von Dritten einen Hinweis zu geben, dass sie sich damit auseinandersetzen sollen. Sie findet, dies solle noch mal in Ruhe mit dem AStA besprochen werden.

Sonja Röhm sieht ein Problem bei dem Wort „Liegenschaften“. Damit seien ja nur die baulichen Dinge gemeint. Damit seien ja nicht die Flyer und so gemeint. Sie möchte aber eine generelle Übergangsfrist für alles gewährleistet wird.

Alexander Vasil findet das gut. Er ist von der Güte des Beitrags total aus dem Häuschen gebracht. Er braucht 3 Sekunden. Er zieht zurück.

Antonia Capito fragt sich, ob man wirklich 1 Jahr für die Umstellung bei Publikationen braucht oder ob das nicht schneller geht.

Zwischenruf von Johannes Minet: Maximum!

Antonia Capito kennt sich da nicht aus. Sie denkt, dass ein kürzerer Zeitraum sinnvoller sei.

Alexander Vasil fragt, ob das immer eine Frage des Schwarz-Weiß Denkens sei oder ob es auch Graustufen gäbe. Er fände es natürlich super, wenn jede Demo beim Durchbrechen der Polizeikontrolle mit Assistenz für Behinderte absolut barrierefrei wäre. Aber wie sehr das erfüllt sein

kann in einem Katalog wissen er nicht. Er könne sich vorstellen, dass der AStA z.B. nur Veranstaltungen fördern wolle, die sich prinzipiell schon damit auseinandergesetzt hätten.

Alexander Busam ist nicht überzeugt von Graustufen. Auch er habe sich schon mal mit irgendwelchen Blümchen befasst. Aber das Befassen an sich sei keine bessere Veranstaltung. Aber sie wollen ja immerhin bessere Veranstaltungen damit Menschen mit Behinderung daran teilnehmen könnten. Er weiß, dass die materielle Förderung ein Problem sein kann. Allerdings könne man die Förderung ja auch an die Barrierefreiheit binden. Wenn man Teilhabe will, dann kann man die auch konsequent wollen. Oder auch net.

Er fragt noch mal nach, was Sonja anmerken wollte mit den Liegenschaften.

Sonja Röhm erwidert, dass sie eine generelle Umstellungsfrist für alles möchte, da sie so was noch nie gemacht hätten.

Alexander Busam gibt ihr Recht, dass nicht alles gleich sofort ginge. Aber er habe Bedenken, dass man sich nicht selbst in den Hintern treten würde, wenn das nicht so stehen bleiben würde. Aber er dürfe ja eh nicht abstimmen.

Der Präsident fragt, ob er den Antrag nicht ändern wolle.

Alexander Busam verneint dies.

Sonja Röhm möchte einen Änderungsantrag stellen. Sie wird gebeten dies schriftlich zu tun

Sarah Sanchez-Miguel fragt, ob sich der AStA nicht noch mal Gedanken darüber machen wolle, bevor das hier besprochen wird.

Sonja Röhm möchte doch keinen Änderungsantrag stellen.

Samira Bouchouaf stellt den Änderungsantrag „in den Liegenschaften“ zu streichen.

Janina Grunwald beantragt nach GO eine Sitzungsunterbrechung.

Diesen nicht vorhandenen GO Antrag nimmt das Präsidium als Bitte auf und kommt dem nach. Patrick Voyé möchte eine Gegenrede halten.

Der Präsident fragt, ob es ums Kippenrauchen oder tatsächlich um Beratung ginge. Es wird versichert, dass es in erster Linie um Beratung gehe.

Die Sitzung wird unterbrochen.

\* Florian Hartmann geht. \*

Sarah Sanchez-Miguel stellt einen GO Antrag auf Vertagung. Sie denkt, dass es noch viel gibt, was geklärt werden müsse. Über manche Formulierungen solle man sich noch mal Gedanken machen. Alexander Busam solle sich mit dem AStA besprechen. Und dann solle der Antrag noch mal neu eingereicht werden auf der nächsten StuPa Sitzung. Dies sei hier nicht komplett klärbar. Bevor man sich auf etwas einlassen würde, wo noch Fragen offen stehen.

Patrick Voyé hält eine Gegenrede: Die nächste Stupa Sitzung wird aber nicht in näherer Zukunft stattfinden.

Der Präsident meint, dies sei im Dezember.

Patrick Voyé meint, dass dann die Frist für die Umsetzung dann schon abgelaufen sei. Im Prinzip könne man die Uni auch verklagen. Er würde da ein Bemühen bei Sonja Röhm und Samira Bouchouaf verspüren. Deshalb könne man es ja auch so machen, dass man die Frist auf 4 oder 6 Monate setzen würde. In der Zeit müsse das ja theoretisch umsetzbar sein. Das Problem einer Vertagung wäre eben, dass man 2 Monate verlieren würde. Dann würde man noch mal Zeit verlieren. Deshalb ist er dagegen den GO Antrag positiv zu bescheiden.

Abstimmung auf Vertagung: → 10 x Ja, 5 x Nein, 8 x Enthaltung.  
→ Antrag abgelehnt.

Abstimmung über Änderungsantrag „in den Liegenschaften“ zu streichen:  
→ 16 x Ja, 3 x Nein, 4 x Enthaltung  
→ Änderungsantrag angenommen.

Abstimmung Gesamtantrag mit Änderung: → 17 x Ja, 0 x Nein, 5 x Enthaltung  
→ Antrag angenommen.

### **E. Antrag der Jusos, UniGrün, SDS.Die Linke zum Schülerstreik # 55**

Samira Bouchouaf berichtet, dass am 12.11.2008 in Gießen in Kooperation mit den Schülis ein Streik zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit an den Schulen stattfinden wird. Der AStA möchte dabei finanziell mit ca. 850 € unterstützen für Werbekosten und ähnliches. Dies ist noch nicht klar bezifferbar. Die beiden Mitveranstalter Gerrit und Michel sind auch anwesend.

Den Vertretern des Stadtschülerrats (SSR) wird das Wort erteilt.

Michel berichtet, dass er und Gerrit im Vorstand des SSR sind. Sie sind auch beide in der LSV Hessen aktiv. Sie treten für eine gerechtere Bildung ein. Alle Menschen – egal aus welcher sozialen Schicht sie kommen und welche finanziellen Hintergründe die Eltern haben – sollen dieselben Bildungschancen erhalten. Jeder soll eine vernünftige Bildung erhalten, unabhängig vom Portemonnaie der Eltern. Sie fordern mehr Geld für Schulen in Allgemeinen, damit mehr Lehrer eingestellt und die Klassen kleiner werden. Individuelle Betreuer sollen dazu kommen, das 3-gliedrige Schulsystem soll abgeschafft werden, da dies zur Selektion nach der 4. Klasse führe. Die beiden beziehen sich ausschließlich auf ihr Grundsatzprogramm. Sie kooperieren mit dem DGB, und hoffentlich auch bald mit dem AStA. Das wars soweit. Zum Thema Parteien will er anmerken, dass sie sich gegen Beiträge von Parteien ausgesprochen haben. Aber alle Parteien im Landtag werden einen Brief erhalten, dass sie einen Infostand machen können. Niemand soll ausgegrenzt werden sondern soll mit diskutieren.

Samira Bouchouaf bittet im Hinblick auf die momentane landespolitische Situation darum, dem Antrag zuzustimmen. Dies soll eine Auftaktveranstaltung sein.

Patrick Voyé meint, dass das StuPa den Antrag an sich natürlich unterstützen möchte. Dabei beziehe er sich eher auf die Parlamentarier links neben sich als die rechts von sich. Er findet allerdings, dass der Antrag an sich sehr schwammig formuliert sei. Und 850 € sei auch ne ganze Stange Geld für das, was sie vorhätten. Das ABS z.B. bekäme auch nur 1200 € oder so für ihre ganze Arbeit übers Jahr verteilt. Also 850 € seien im Vergleich dazu richtig viel für ne einzelne Aktion. Wenn das jetzt eine Kette – also Verknüpfung von Veranstaltungen – wäre, würde ihm das leichter fallen. Das hätte jetzt auch nix mit der Sache an sich zu tun. Aber er fände es gut, wenn man die Kosten aufschlüsseln könnte. Und von welchen Quellen sie sonst noch unterstützt würden. Und dann könnte man auch sehen, dass sie sich bemühen würden, nicht das teuerste Angebot anzunehmen. Dieser Antrag sei für ihn nicht ausreichend, muss er ehrlich sagen. Wenn es aber das wäre, was er vermutet, dann würde er sofort zustimmen.

Zwischenruf von Johannes Minet: Was vermutest du denn?

Nathalie Meyer hat da weniger Bedenken. Sie findet das Geld gut angelegt und sieht auch keinen Grund, warum dies noch mal aufgeschlüsselt werden sollte. Insofern ginge das klar. Sie möchte aber noch einen Änderungsantrag anbringen: „Das Stupa ruft alle Studis der JLU auf, sich solidarisch an die Seite der SchülerInnen zu stellen und gemeinsam für ein besseres Bildungssystem auf die Straße zu gehen!“.

Die Antragsteller übernehmen den Antrag.

Samira Bouchouaf bedankt sich für die Unterstützung. Was Patrick Voyé und seine Bedanken angehe, es handele sich dabei um eine Großveranstaltung. Sie rechne mit ca. 2000 Teilnehmern. Die müssten ja auch alle bespaßt werden. Ein Band würde auftreten und ein LKM wird angemietet. Es fallen zudem Werbekosten an. Und wenn da von Kooperation des AStAs die Rede sei, dann wird dass natürlich auch an der ganzen Hochschule gebracht. Und da dies in ganz Gießen stattfinden würde könne man so was auch nicht mit ner Sache wie ABS vergleichen, weil die Bündnispartner an 1 Hand abzählbar seien. AStA, DGB, LSV und SSR mit den bescheidenen Mitteln.

Alexander Vasil findet den Antrag auch sehr dürftig, da dies quasi ne Generalvollmacht sei. Aber das sei ja jetzt egal, weil die Sache so wichtig sei. Die beiden Begünstigten hätten ihm plausibel gemacht, wofür das Geld drauf gehen würde. Das sind Druckkosten für Aufkleber, die ja auch ne dauerhafte Wirkung haben auf diversen Orten... natürlich wäre es schön, wenn der Finanzreferent vorher die Angebote mal eingesehen hätte. Aber nach wirtschaftlichen Kriterien sei dies ein annehmbares Angebot. Die außerordentliche Wichtigkeit und auch der Kampf gegen Studiengebühren sollen noch mal herausgestellt werden. Er bittet alle um Unterstützung.

Er stellt einen GO Antrag auf sofortige Abstimmung.

Es gibt keine Gegenreden.

Abstimmung der geänderten Version: → 2 x Nein  
→ Antrag angenommen

## **TOP 11: Sonstiges**

Patrick Voyé schlägt dem Präsidium vor, das nächste Mal die Anträge von Gästen zuerst zu behandeln, damit diese nicht so lange warten müssten. Immerhin müssten sie morgens um 9 in die Schule.

Antonia Capito weist auf den Mahngang zur Reichspogromnacht kommenden Montag um 18:00 Uhr hin.

Eric Baumann merkt an, dass die nächste StuPa Sitzung wahrscheinlich am 04.12.2008 sei.

Ende der Parlamentssitzung: 23:06 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

---

Eric Baumann

---

Marie Moos

---

Tayfun Tok